

sten und 68 Prozent der Gläubigen. Bei der Wahl zur Duma im Jahre 1996 haben – nach ihren Angaben – 37 Prozent der Atheisten und 25 Prozent der Gläubigen die KPRF (Kommunisten) unterstützt. Furman zieht daraus die Konsequenz, daß Rußland kein orthodoxer Fundamentalismus droht, aber auch keine Rückkehr zum Bolschewismus. Die Periode der religiösen Renaissance sei vorbei, es herrsche eine weltanschauliche Unbestimmtheit.

Der Historiker *J. Paschkowskij* hat die Ausführungen von Furman kommentiert (In: *Rossija i musulmanskij mir* Nr. 6/97): „Nach den Angaben der Soziologen sind 1,5 bis zwei Prozent der Russen praktizierende Orthodoxe. Aber in den Augen der Mehrheit der russischen Gesellschaft wird gerade die orthodoxe Kirche eng verbunden mit der kulturell-historischen Kontinuität Rußlands und dessen Geschick.“

Paul Roth

Ungelöster Konflikt

Bulgarien und seine orthodoxe Kirche

Der bulgarischen Politik ist 1997 nach einer tiefen Krise die Wende gelungen, als die Sozialisten durch die „Vereinigten Demokratischen Kräfte“ als Regierungspartei abgelöst wurden. Nach wie vor gespalten ist allerdings die orthodoxe Kirche des Landes, der über 80 Prozent der Bevölkerung angehören. Ein Ende des unerfreulichen Kirchenkonflikts ist nicht abzusehen.

Ob Bulgariens Staatspräsident *Petar Stojanow* das dritte Buch Mose vor Augen hatte, als er seinen Hohepriestern die Leviten las, sei dahingestellt. Der Unmut des Staatsoberhauptes über die verbohrtten obersten Streithähne in der orthodoxen Kirche seines Landes war jedenfalls nicht zu überhören: „Es ist ein Skandal, daß Bulgariens orthodoxe Kirche seit sieben Jahren unter einer Spaltung leidet“, klagte *Stojanow* bei einer Feier zum Gedenken an den 150. Geburtstag von *Christo Botew*. Der 1848 geborene Nationaldichter fiel 1875 als einer der Anführer im Befreiungskampf gegen die Türkenherrschaft. Unter dem damaligen türkischen Joch „ist der Klerus ins Gefängnis und oft auch in den Tod gegangen“, erinnerte der Präsident und setzte nach: „Heute verlangen wir ein kleineres Opfer von den obersten Würdenträgern unserer Kirche, nämlich daß sie von ihrem Posten zurücktreten.“

Die Kirche ist seit 1992 gespalten

Die Schelte des Staatsoberhauptes traf die Kirchenhierarchie am 7. Januar, an dem Bulgariens Orthodoxie nach julianischem Kalender Weihnachten feiert. Nach alter Tradition werden an diesem Tag bei einer Militärparade vor dem Denkmal des unbekanntenen Soldaten in Sofia vom Patriarchen Armeefahnen gesegnet. *Stojanow*, zugleich Oberbefehlshaber des Heeres, sagte die Zeremonie heuer ab. Die Staatsverantwortlichen ließen sich von streitenden Bischöfen nicht in Geiselschaft nehmen, ließ er mitteilen. Generalstabschef *Miho Mihow* sekundierte, er wünsche nicht, daß

die Spaltung in der Kirche in das Volk und in die Armee getragen werden.

Was die Staatsrepräsentanten wohlweislich verschweigen, ist die Mitschuld der Politik an der Kluft, an der die bulgarische Orthodoxie seit 1991 leidet. Nach der politischen Wende in Bulgarien 1990 wurde auch die Forderung nach Reformen und einem Führungswechsel in der Kirche laut. Besonders Patriarch *Maksim* geriet unter Druck. Er kam 1971 auf den Patriarchenstuhl in Sofia, offiziell durch kirchliche Wahl, nach den Vorwürfen seiner Kritiker unter massiver Intervention der damaligen kommunistischen Machthaber.

1991 scharte der damals dienstälteste unter Bulgariens Bischöfen, Metropolit *Pimen* von Newrokop, reformorientierte Kräfte hinter sich. Sie drängten auf eine Ablöse *Maksims*, weil dieser Handlanger der Kommunisten gewesen sei. Nachdem sich der Patriarch den Rücktrittsaufforderungen strikt verschloß, suchte *Pimen* Schützenhilfe durch die Politik. Der damalige Regierungschef *Filip Dimitrow* von der „Union der Demokratischen Kräfte“ (SDS) erklärte im März 1992 per Verordnung die Einsetzung Patriarch *Maksims* von 1971 für ungültig.

Zwar hat der Verfassungsgerichtshof diesen Bescheid wieder aufgehoben, die damit begonnene Verquickung von politischem und innerkirchlichem Richtungsstreit hält aber bis heute an. Noch 1992 bildete Metropolit *Pimen* einen „Gegen-Synod“, dem sich unter seiner Führung drei weitere Metropoliten anschlossen: *Stefan* von Weliko-Tarnowo, *Pankratij* von Stara Sagora und *Kalinik* von Wratsa. Drei weitere Bischöfe sympathisierten mit dem Reformflügel. Jener Teil der Hierarchie, der Patriarch *Maksim* die Treue

hielt, erklärte zunächst Metropolit Pimen für abgesetzt, ohne ihn zu exkommunizieren.

Zwei der drei mit dem Reformflügel sympathisierenden Bischöfe kehrten bis 1995 zum „kanonischen“ Flügel unter Patriarch Maksim zurück, einer entzog sich durch Rücktritt dem Kirchenstreit. Metropolit Stefan von Weliko-Tarnowo demissionierte, ohne seine Kritik an Maksim zurückzunehmen; er machte dadurch aber den Weg für eine Neubesetzung der Eparchie mit einem Anhänger des Patriarchen frei. Metropolit Pankratij verließ Anfang 1996 den „Gegen-Synod“ und unterstellte sich wieder Maksim. So blieben als „Abtrünnige“ die Metropoliten Pimen und Kalinik (der ebenfalls von der Leitung seiner Eparchie enthoben wurde). Die beiden weihten jedoch eine Reihe neuer Metropoliten und Bischöfe, was die Spaltung verhärtete.

Datum des nächsten „Höhepunktes“ des unseligen Kirchenkonflikts war das 25-Jahr-Jubiläum des Amtsantritts von Patriarch Maksim am 4. Juli 1996. Eine vom „Gegen-Synod“ einberufene „Kirchenvolksversammlung“ wählte in Sofia den bereits 90jährigen Pimen zum Gegen-Patriarchen. Pimen ließ sich in der St.-Paraskewa-Kirche feierlich inthronisieren, während zur gleichen Zeit Maksim im Patriarchen-Kloster Batschkowo bei Plowdiw sein Jubiläum beging. Das Schisma war damit endgültig besiegelt.

Begleitet war der Konflikt seit 1992 von einem Tauziehen, welcher der beiden Kirchenflügel die *staatliche Registrierung* erhält. Die Entscheidungen der staatlichen Behörden wechselten je nach dem, wer an der Regierung war: Die Sozialisten, hervorgegangen aus den ehemaligen Kommunisten, unterstützen den Maksim-Flügel, während die Demokraten auf Seite der „Reformer“ stehen. Die Ausrufung Pimens zum Gegen-Patriarchen stieß daher auf heftige Ablehnung durch den damaligen sozialistischen Regierungschef *Schan Widenow*. Dem abgespaltenen Flügel wurde die Registrierung verweigert.

Das Blatt wendete sich mit dem Sieg des Oppositionskandidaten Petar Stojanow bei den Präsidentenwahlen im November 1996. Er vermied bei seiner Amtseinführung vorerst die Brückierung der einen wie der anderen Seite, indem er einen wahren Balanceakt vollführte: Stojanow ließ von Patriarch Maksim in der Aleksander-Newski-Kathedrale in Sofia einen Gottesdienst zelebrieren, im Anschluß daran legte er vor der Kathedrale einen religiösen Eid auf die Bibel und das Kreuz ab. Diese Zeremonie leitete allerdings der „Gegen-Patriarch“.

Als im Februar 1997 die sozialistische Regierung angesichts einer wachsenden Protestwelle endgültig scheiterte und Stojanow vorgezogene Parlamentsneuwahlen für April ausschrieb, geriet der Maksim-Flügel ins Hintertreffen. Bereits Anfang März erklärte das Oberste Verwaltungsgericht die staatliche Registrierung des Hl. Synods unter Patriarch Maksim für „null und nichtig“, da sie nicht fristgerecht und ordnungsgemäß beantragt worden sei. Die gerichtliche Entscheidung war vom Pimen-Flügel angestrengt worden. Patriarch Maksim kündigte eine Klage beim Internationalen

Gerichtshof in Den Haag an, da er das kanonisch rechtmäßig gewählte Kirchenoberhaupt sei.

Eine von Maksim einberufene „Kirchenvolksversammlung“ startete Anfang Juli 1997 einen Versuch, die Spaltung zu überwinden. Ein solches Landeskonzil (Sabor) ist laut Statut von 1871 das höchste Autoritätsorgan in der Verwaltung der Kirche. Nur dogmatische Fragen sind den Bischöfen vorenthalten, alle anderen Entscheidungen trifft die Kirchenvolksversammlung mit höchster Autorität. Es ist im Lauf der 1100jährigen Geschichte der bulgarischen Orthodoxie erst zum vierten Mal einberufen worden. Unter dem Vorsitz des Patriarchen berieten alle Metropoliten und Bischöfe, Vertreter der Klöster und kirchlicher Einrichtungen sowie gewählte Vertreter (Klerus und Laien) aus jeder Diözese.

Vermittlungsbemühungen Konstantinopels waren ohne Erfolg

„Gegen-Patriarch“ Pimen machte im Vorfeld des Konzils ein überraschendes Angebot: Sollte Maksim seinen Rücktritt anbieten, würde auch er das Feld räumen und den Weg zur Wahl eines neuen, von allen Seiten anerkannten Patriarchen freimachen. Die 130 Delegierten legten sich bei dieser ersten Sitzung des „Landeskonzils“ aber auf den Standpunkt fest, das Schisma müsse „von denen beendet werden, die es verursacht haben“, also von „Gegen-Patriarch“ Pimen und seinen Gefolgsleuten.

Genausowenig konnte sich die Kirchenversammlung auf eine Altersgrenze von 80 Jahren für Metropoliten und Patriarchen einigen, denn damit hätte nicht nur der 91jährige Pimen, sondern auch der 82jährige Maxim sein Amt zur Verfügung stellen müssen. Maxim wurde damit de facto als Patriarch auf Lebenszeit einzementiert und die Spaltung in der bulgarischen Orthodoxie vertieft statt überbrückt.

Von der Staatsführung Bulgariens forderte die Kirchenversammlung, das orthodoxe Christentum solle in der Verfassung als „offizielles Bekenntnis“ verankert werden. Im geltenden bulgarischen Grundgesetz von 1991 heißt es, die religiösen Bekenntnisse seien frei und die religiösen Institutionen vom Staat getrennt. Die religiösen Gemeinschaften und Institutionen sowie die Glaubensüberzeugungen dürften nicht für politische Ziele benutzt werden. Das orthodoxe Christentum wird als „traditionelle Religion“ in der Republik Bulgarien festgehalten, nicht aber als „offizielles“ Bekenntnis. Eine Verfassungsänderung im Sinne der Kirchenversammlung würde im Parlament eine Zwei-Drittel-Mehrheit erfordern, diese erscheint aber in der gegebenen politischen Konstellation unwahrscheinlich.

Die Aufgaben der jetzigen Kirchenversammlung – die Aufarbeitung von „Altlasten“ aus der Zeit der kommunistischen Diktatur und die Einleitung von Reformen – konnten in der Sitzung im Juli vergangenen Jahres nur andiskutiert werden. Arbeitsausschüsse sollen bis zur nächsten Sitzung – ein genauer Termin steht noch aus – zu einzelnen Themenberei-

chen Berichte und Lösungsvorschläge erarbeiten, hieß es. Von einigen Theologen und Geistlichen wurde kritisiert, das „Landeskonzil“ sei ungenügend vorbereitet, die Auswahl der Delegierten nicht in allem repräsentativ gewesen.

Daß der jetzige Aufruf von Präsident Stojanow Patriarch Maksim zum Einlenken und damit zu einem Rücktritt bewegt wird, ist zu bezweifeln. Die öffentliche Kritik des Staatsoberhauptes kann viel eher als Zeichen für weiter verhärtete Fronten gedeutet werden; hatte doch der HI. Synod am vergangenen 19. Dezember noch beklagt, er werde von einem Teil der politisch Verantwortlichen „unter Druck gesetzt unter dem Vorwand, daß man die Einheit der orthodoxen Kirche wiederherstellen wolle“. Man sehe sich gezwungen, sich an internationale Menschenrechtsorganisationen zu wenden, um „die Autonomie der Kirche zu retten“. Stojanow replizierte mit dem Vorwurf, dem hohen Klerus gehörten noch immer „treue Lakaien des früheren atheistischen Regimes“ an.

Wenig Erfolg war bisher auch dem Ökumenischen Patriarchen von Konstantinopel, *Bartholomaios I.*, in seinen Vermittlungsbemühungen in Bulgarien beschieden. Der Ehrenprimas aller orthodoxen Kirchen versuchte zunächst, eine diplomatische Einigung herbeizuführen. Erst als eine solche aussichtslos erschien, rief er 1993 die „schismatischen Bischöfe“ zur Rückkehr unter den „rechtmäßigen Patriarchen“ Maksim auf. 1996 besuchte er Sofia ein zweites Mal, und er mußte erneut ohne greifbares Ergebnis abziehen.

Das mag nicht nur an der Uneinsichtigkeit einiger greiser Starrköpfe von heute liegen. Das Verhältnis zwischen der bulgarischen Orthodoxie und Konstantinopel war über tausend Jahre bis in die Mitte dieses Jahrhunderts mehr als bloß gespannt. 864 nahm der bulgarische Fürst Boris I. den christlichen Glauben an und erhielt den Taufnamen Michael. Er versuchte umgehend, ein von den Franken, von Rom und von Konstantinopel unabhängiges Patriarchat für die bulgarische Kirche zu erreichen.

Orthodoxe Nationalkirche und katholische Minderheit

Die in Saloniki geborenen Slawenapostel Kyrill und Method machten die altbulgarische Mundart Mazedoniens zur slawischen Kirchensprache. Als die Bulgaren ab 885 die aus Mähren vertriebenen Schüler Kyrills und Methods und mit ihnen das Kirchenslawische aufnahmen, war der Weg zu einem eigenen Kultur- und Kirchentum geebnet. Den ersten Höhepunkt seiner Macht und Blüte erreichte das bulgarische Reich unter Fürst Simeon I. (893–927), dem die Errichtung des ersten bulgarischen Patriarchats in Preslav gelang. Nach der Eroberung des ostbulgarischen Reiches durch Konstantinopel 971 mußte der Patriarch ins mazedonische Ohrid übersiedeln. 1018 wurde von Byzanz auch der westliche Teil von Byzanz unterworfen und das bulgarische Patriarchat liquidiert. 1186 entstand Bulgarien wieder als eigenes

Kaiserreich mit der Hauptstadt Tarnowo, wo 1235 das zweite bulgarische Patriarchat errichtet wurde. Die Eigenständigkeit währte nicht lange: 1396 gelangte Bulgarien unter türkische Herrschaft, die es 500 Jahre nicht abschütteln konnte. Die Kirche kam wieder unter die griechische Jurisdiktion Konstantinopels, die die slawische Liturgie und Literatur streng unterdrückte. 1767 wurde mit der Auflösung des Erzbistums Ohrid die letzte Spur an Autonomie der bulgarischen Kirche beseitigt.

Mit dem Aufleben des nationalen Bewußtseins Mitte des 19. Jahrhunderts entbrannte der bulgarisch-griechische Kirchenkampf neu. Ohne Genehmigung Konstantinopels und mit Hilfe des türkischen Sultans gründeten die Bulgaren 1870 ein selbständiges Exarchat und wurden dafür vom Ökumenischen Patriarchat exkommuniziert. Der Bann blieb bis 1945 aufrecht, als der Phanar der bulgarischen Orthodoxie weitgehende Eigenständigkeit gewährte. Als Sofia 1953 einseitig das dritte bulgarische Patriarchat ausrief, war der nächste Konflikt heraufbeschworen. Er konnte 1961 unmittelbar vor der ersten Panorthodoxen Konferenz von Rhodos beigelegt werden.

Obwohl die innerorthodoxe Rolle der bulgarischen Orthodoxie durch den Konflikt in den eigenen Reihen sicher geschwächt ist, soll sie nicht unterbewertet werden. Zum einen verfügt sie über traditionell gute Beziehungen zu Moskau. Zum anderen spielt sie auch eine Schlüsselrolle im Streit um die Eigenständigkeit (Autokephalie) der orthodoxen Kirche im heutigen Mazedonien. Die ehemals zur bulgarischen Kirche gehörenden Bistümer wurden 1920 vom Ökumenischen Patriarchat an Belgrad abgetreten, seit 1967 streben sie die Autokephalie an, die ihnen bis dato verweigert wird.

Für viele Bulgaren ist Mazedonien keine eigenständige Nation, sondern Teil von Groß-Bulgarien (Mazedonisch und Bulgarisch sind engstens verwandte Sprachen). Kirchlicherseits wurde vom Patriarchat in Sofia der Anspruch auf die symbolbeladene ehrwürdige Metropole von Ohrid – die Ur-Metropole der slawischen Orthodoxie – nie völlig aufgegeben. Als daher der HI. Synod in Sofia 1994 die seelsorglichen Befugnisse des Metropoliten von Newrokop (Westbulgarien) auf sämtliche „orthodoxen Bulgaren in Mazedonien und Albanien“ ausweitete, reagierte Skopje entsprechend heftig.

In diesem Licht sind auch die offensichtlichen Bemühungen von „Gegen-Patriarch“ Pimen zu sehen, gute Kontakte zur „Mazedonischen Orthodoxen Kirche“ aufzubauen. Er hatte sich kritisch zu der Ausweitung bulgarischer Jurisdiktion auf Mazedonien geäußert. Im Sinne einer „gemeinsamen Front“ nicht anerkannter orthodoxer Kirchen oder Gruppierungen ist auch zu werten, daß bei der „Inthronisation“ Pimens am 4. Juli 1996 der vom Moskauer Patriarchat amtsenthobene ehemalige Metropolit von Kiew, *Filaret Denysenko*, die Zeremonie leitete. Filaret hat sich 1995 an die Spitze einer der von Moskau eigenmächtig abgespaltenen „Ukrainischen Orthodoxen Kirche des Kiewer Patriarchats“ wählen lassen.

Bemerkenswert ist, daß die orthodoxe Kirche Bulgariens –

zu ihr bekennen sich mehr als 80 Prozent der 8,5 Millionen Einwohner – im eigenen Land trotz ihrer Spaltung nach wie vor in relativ hohem Ansehen steht. Sie genießt nach einer vor rund einem Jahr durchgeführten Gallup-Umfrage gleich nach der Armee die höchste Wertschätzung, deutlich mehr als etwa Justiz und Politik. Von den Jugendlichen haben rund zwei Drittel eine positive Einstellung zu Religion. Bei ihnen ist die Distanz zur Orthodoxie allerdings deutlich größer.

Die *Katholiken* stellen mit rund 90 000 Gläubigen eine kleine Minderheit in Bulgarien. Die Kommunisten verfolgten sie schwer. 1952 wurde der katholische Bischof *Ewgen Bossilkow* hingerichtet, mehrere Priester wurden ebenfalls zum Tod verurteilt. Zahlreiche andere Geistliche wanderten unter der Diktatur ins Gefängnis.

Derzeit ist der in Sofia residierende Apostolische Exarch für die 20 000 Katholiken des byzantinischen Ritus, Bischof *Christo Proykov*, Vorsitzender der Bischofskonferenz. Ferner gibt es zwei „lateinische“ Diözesen: Die Diözese Sofia und Plowdiw leitet seit 1995 Bischof *Georgij Iwanow Jowcew*, an der Spitze der Diözese Nikopol-Rusa steht Bischof *Petko Christow*. Die bulgarischen Katholiken sind sozial und karitativ stark engagiert, was ihnen hohes Ansehen einträgt. Einzelne Laien haben sich in den vergangenen Jahren bemüht, das Gedankengut der katholischen Soziallehre bekannt zu machen, und sind damit durchaus auf Interesse auch bei Nichtgläubigen gestoßen. Zugleich versuchen die beiden katholischen Kirchen zu vermeiden, als Konkurrenten der orthodoxen Kirche in Erscheinung zu treten.

Die eigentliche politische Wende fand 1997 statt

Das ökumenische Klima ist dennoch nicht das beste. Das Eindringen verschiedener Sekten hat in manchen Kreisen der Orthodoxie eine generell ablehnende Haltung auch zu anderen christlichen Konfessionen gefördert. Besonders betroffen davon fühlen sich die *protestantischen Kirchen*, deren Mitglieder bzw. Sympathisanten einschließlich der Freikirchen auf rund 100 000 geschätzt werden. Sie beklagen auch Einschränkungen von Seiten der Behörden, vor allem für ihre Missionare. In der Schwarzmeerstadt Warna etwa versuchte die dortige orthodoxe Kirche, den Bau einer methodistischen Kirche zu verhindern. Renommiertere orthodoxe Theologen wie *Totjo Koew* sind um Beruhigung bemüht und betonen, daß eine Mehrheit konfessionelle Trennmauern ablehne. Ein gutes Verhältnis zur orthodoxen Mehrheitskirche pflegen die rund 5 000 bulgarischen Juden.

Für Mißtöne in der katholisch-orthodoxen Ökumene sorgte die Einladung an Johannes Paul II. zu einem Besuch in Bulgarien. Sie wurde bereits 1991 und 1995 vom damaligen Präsidenten Schelew ausgesprochen. Der jetzige Präsident Stojanow wiederholte sie im April des Vorjahres. Der Papst hat aber eine Beilegung des innerorthodoxen Konflikts zu einer Vorbedingung für eine Visite gemacht. Ein Besuch erscheint derzeit auch aus vatikanischer Sicht kaum realistisch.

Nach wie vor ungeklärt ist die Frage, ob Bulgarien – im Auftrag Moskaus – in das Papstattentat von 1981 verwickelt war. Die italienische Justiz nahm jüngst wieder Ermittlungen gegen einen damaligen Funktionär an der bulgarischen Botschaft in Rom auf, das Außenministerium in Sofia dementierte wie bisher jede Verwicklung Bulgariens.

Beiden Kirchen gemeinsam sind der Priestermangel, die Überalterung des Klerus und sehr niedrige Gehälter für die Geistlichen. Die zwei orthodoxen Priesterseminare im Rang einer Mittelschule und die drei orthodoxen Fakultäten verzeichnen allerdings großes Interesse. Heute verfügt die bulgarisch-orthodoxe Kirche wieder über rund 120 Klöster, die Zahl der jungen Mönche ist aber noch klein. In diesem Schuljahr wird an Bulgariens Schulen erstmals nach mehr als 50 Jahren wieder Religion unterrichtet. Der Unterricht ist freiwillig und wird nach der Zustimmung der Eltern für Kinder von acht bis zehn Jahren angeboten. Für ältere Schüler soll er im nächsten Jahr eingeführt werden. Die katholischen Bischöfe zeigten sich allerdings nicht ganz zufrieden mit den Lehrplänen und den Regelungen für katholische Religionslehrer.

Politische Beobachter betrachten 1997 als das eigentliche Jahr der Wende in Bulgarien. Der kommunistische Diktator *Todor Schiwkow* trat 1989 zurück; die konservative Regierung von 1991 bis 1994 schaffte nur teilweise Reformen. 1994 errang die Bulgarische Sozialistische Partei (BSP), zum Großteil von ehemaligen Kommunisten gebildet, die absolute Mehrheit. Ihre halbherzigen und schleppenden Reformen trieben das Land in eine tiefe Krise und in den „bulgarischen Hungerwinter“ 1996/97, den viele Menschen nur dank internationaler Hilfsaktionen überlebten.

Massenproteste und Streiks gipfelten in einer Besetzung des Parlaments durch Demonstranten Anfang vergangenen Jahres. Die Ex-Kommunisten wurden gezwungen, auf die Regierung zu verzichten. Stojanow schrieb Neuwahlen aus, aus denen die „Vereinigten Demokratischen Kräfte“ (ODS), eine Allianz der SDS mit mehreren kleineren konservativen Parteien, mit 52 Prozent der Stimmen als Sieger hervorging. Regierungschef wurde SDS-Vorsitzender *Iwan Kostow*.

Ihm gelang in den acht Monaten seit seinem Amtsantritt eine relative wirtschaftliche Stabilisierung, die auch internationale Kredithilfen locker machte. Die Nationalwährung Lew ist seit Juli an die Deutsche Mark gebunden (1000 Lewa für eine DM), um die Inflation von annähernd 600 Prozent in den Griff zu bekommen. Sehr schwierig ist die Lage nach wie vor für Rentner und kinderreiche Familien. Die durchschnittliche monatliche Rente beträgt 50 000 Lewa (50 DM). Die vom Staat bezahlten Löhne und Gehälter liegen im Schnitt bei 200 000 Lewa (200 DM). Das Internationale Rote Kreuz gibt die Zahl jener Bulgaren, die nach wie vor auf internationale Hilfsgüter angewiesen sind, mit mehr als 150 000 an, darunter viele Kinder in Waisenhäusern.

In den vergangenen Monaten wurde auch eine raschere und transparente *Privatisierung* eingeleitet. Dazu zählt die Rückgabe enteigneter Wälder bzw. deren Ablöse, die immer wie-

der auch von Kirchen eingefordert worden war. Die Rückgabe aller nach 1944 enteigneten Immobilien, wozu alle Kirche, Klöstern, Moscheen und Synagogen zählen, ist nun ebenfalls fixiert.

Seit kurzem haben die Bulgaren erstmals die Möglichkeit, in die Geheimakten der kommunistischen Staatssicherheit Einblick zu nehmen. Auch wenn Dokumente vernichtet wurden oder verschwunden sind, ist die Akteneinsicht für viele Bulgaren ein schmerzlicher Blick in die Fratze der ehemaligen Diktatur. Besonders dann, wenn sich Freunde oder Kollegen als ehemalige Spitzel entpuppen, was – wie erste Erfahrungen zeigen – leider keine Seltenheit ist.

Eine staatliche Untersuchungskommission überprüfte in den vergangenen Monaten rund 600 Politiker und Beamte auf ihre Vergangenheit; bisher wurden 23 Abgeordnete und hohe Beamte als ehemalige Mitarbeiter der Staatssicherheit enttarnt. Die Öffentlichkeit zweifelt allerdings daran, daß die Untersuchung die ganze Wahrheit ans Licht gebracht hat. Außerdem wird kritisiert, daß den als Spitzel enttarnten Personen keine Strafen drohen.

Zu den von Kostow eingeleiteten Reformen zählt auch der Kampf gegen die weit verbreitete Korruption. Gegen hundert Beamte wird bereits ermittelt, noch in diesem Jahr soll eine eigene Finanz-Polizei installiert werden. Außenpolitisch strebt Bulgarien eine Mitgliedschaft in NATO und EU an, was zu Spannungen mit Rußland führt, mit dem traditionell enge Verbindungen bestehen. Zudem ist Bulgarien stark von russischen Erdgaslieferungen abhängig, die – derzeit noch – von mafiosen Firmen ehemaliger Kommunisten kontrolliert werden. Sofia kämpft dabei an zwei Fronten: gegen die überhöhten Preise und gegen den politischen Druck, den Moskau mit seinen Lieferungen im Bedarfsfall verknüpft.

Zusammen mit Rumänien, Lettland, Litauen und der Slowakei zählt Bulgarien zu jenen osteuropäischen Ländern, mit denen die EU noch keine unmittelbaren Beitrittsverhandlungen aufnehmen, die sie aber mit finanzieller und technischer Hilfe mittelfristig dafür reif machen will. So lauten zumindest die Beschlüsse des EU-Gipfels vom Dezember in Luxemburg.

Ein wichtiger außenpolitischer Partner Bulgariens ist das Nachbarland *Türkei*, nicht nur wegen der wachsenden wirtschaftspolitischen Beziehungen, sondern auch wegen der türkischen Minderheit in Bulgarien. Sie stellt mit 800000 Angehörigen rund zehn Prozent der Bevölkerung (dazu kommen rund 200000 bulgarisch sprechende Muslime, die Pomaken). 1984 hatte der damalige kommunistische Staatsschef Schiwkow angeordnet, alle Türken das Landes müßten ihre türkischen Namen durch bulgarische ersetzen. Rund 300000 Türken, die sich dieser Maßnahme verweigerten, mußten 1989 Bulgarien verlassen.

Gegen Schiwkow ist wegen dieser Vertreibungspolitik in Bulgarien ein geheimes Verfahren im Gang. Vertriebene Türken wollen Schiwkow vor den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte bringen. Voraussetzung dafür ist aber ein abgeschlossenes Verfahren in Bulgarien selbst, das nach Ansicht von Kritikern bewußt verschleppt wird. Seit der Wende haben sich die Lage der türkischen Minderheit in Bulgarien und damit auch die Beziehungen zur Türkei deutlich verbessert. Die Islamische Weltkonferenz (ICO) hat Bulgarien vergangenen Dezember von der „schwarzen Liste“ antiislamischer Länder gestrichen, auf die es 1985 gesetzt worden war. Kritik üben manche Bulgaren ihrerseits an der Förderung islamisch-fundamentalistischer Tendenzen durch arabische Länder in der türkischen Minderheit.

Josef Pumberger

Eindimensionale Papstgeschichte

Anmerkungen zur ZDF-Reihe „Vatikan – Die Macht der Päpste“

Zunächst in „Arte“, dann im ZDF kam 1997 die Fernsehserie „Vatikan – Die Macht der Päpste“ zur Ausstrahlung. Inhaltlich wie methodisch gab die Reihe einige Fragen auf: Wie schaffte sie die Balance zwischen den Zugeständnissen an das publizistische Genus und den sachlichen Erfordernissen? Der Leiter des Katholischen Instituts für Medieninformation in Köln, Martin Thull, nimmt eine Bewertung vor.

Das Fernsehen ist ein Medium, das sich zum Vermitteln von – auch komplizierten – Sachverhalten eignet. Jedenfalls dann, wenn sich diese Sachverhalte eingrenzen lassen auf eine bestimmte Thematik, wenn sie sich personalisieren lassen und wenn sie es aushalten, daß nicht tief genug gebohrt werden muß. Personalisierung und Oberflächlichkeit sind

Tribute, die jeder Autor an das Medium leisten muß. Die Frage ist, ob er sich überhaupt und in welchem Umfang auf diese Beschränkung einläßt.

Der Vatikan als Zentrale von weltweit rund 900 Millionen Katholiken eignet sich durchaus, mit den vorgegebenen Beschränkungen ins Visier von Medienschaffenden genommen